

Untersuchungsausschuß Merkel jetzt - neue Kampagne gestartet

17.06.2018 19:25

Von Bernd Wolfgang Meyer

Recht wird von unseren "Eliten" ausschließlich dann als Recht anerkannt, wenn es ihren Vorstellungen entspricht und ihren ideologischen Manifesten nicht widerspricht.

In diesem Bezug winden sich die Grünen und die Linke, aber auch die restlichen Etablierten Parteien, einen Untersuchungsausschuß zu verunmöglichen, der die Gefahr des Meineides prägnant aufzeigt. Als Paladine der Merkel stehen und fallen sie mit ihrer Gallionsfigur, die hunderte von Milliarden Euro dem deutschen Volk als Schaden auferlegt hat und nicht ausschließlich persönlich gehandelt haben kann. Was hat dieser Bundeskanzler eigentlich genau seit 2005 für das Deutsche Volk geleistet, ausser die Schulden zu verdoppeln, das Land zu spalten, die EU zu ruinieren und wie ein Kasper im buntem Rock dumme Reden zu halten, an die sie sich grundsätzlich selbst nicht zu halten auferlegt.

Demokratie ist die Einberufung eines Untersuchungsausschusses mit der Zielsetzung, diese Person der verdienten Rechenschaft in einem folgendem Prozeß zuzuführen. Das ist Ausdruck des Volkswillens und einzig Gerechtigkeit.

Neben Bremen, mit etlichen tausend positiven Bescheiden aus Gründen der "Menschlichkeit", dürften zwangsläufig alle Bundesländer mit grünem Einfluß, in der Migrantenszene produktiv identisch gehandelt haben. Aufschlußreich wäre eine Untersuchung der Praxis von Baden Württemberg.

Der Migrantenskandal ist lediglich ein weiterer Beweis der flächendeckenden politischen Korruption in der Bundesrepublik, die sich in allen maßgebenden politischen Institutionen in der Aera Merkel ausgebreitet hat. In der Justiz, des BAMFs, des Bundestags, der Propagandainstitute und den Fachministerien. Eine selbstherrliche Clique von unbedarften und unproduktiven "Politikern", die Politik zum Lehrberuf erklärt, (Master in Korruptionswissenschaft) hat, sich selbst hemmungslos bereichernd, Besitz von der Republik genommen und sich mittels Legionen abhängig Beschäftigter, unter dem propagiertem Mäntelchen der "Demokratie" zu einer Diktatur entwickelt, die der originären Bananenrepublik als Vorbild dient.

Die Realisierung von Wahlversprechen ist die unzulässige Überschreitung der beliebten "Roten Linie". Die Vergabe des Genußes der Auszeichnung "Demokrat" ist der SED, der Einheitspartei vorbehalten. Wer sich nicht an den Parallelgesetzen "Politische Korrektheit" orientiert, ist als Demokratiefeind zu vernichten. Wer nicht schwul ist, hat in der Bundesrepublik nichts zu suchen. Wer ausspricht, was Wahrheit ist, ist ein gefährlicher "Populist". Und wer die "Erinnerungskultur" anzweifelt, oder deren eternale Anwesenheit, ist ein Revisionist und gefährdet die Fortdauer einer äußerst praktischen Unterdrückungskultur. Wer Vorschläge und Anträge der AfD honoriert, kann kein Demokrat sein, weil die AfD vom Volk gewählt wurde und sich unbelehrbar dahingehend versteift, die selbsternannten "Eliten" durch den Souverän zu ersetzen.

